Rede der Landrätin, Kreistag, 15. Dezember 2025

Sehr geehrte Anwesende,

wir stehen vor den größten Herausforderungen: Deutschland verliert als Wirtschaftsstandort im internationalen Vergleich an Boden und steckt tief in der Krise. Im laufenden Jahr wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nur um 0,1 Prozent zunehmen.

Wir haben mit verstärkter Wirtschafts- und handelspolitischer Unsicherheit zu tun. Die WHO steht quasi vor dem Aus. Stichwort Strafzölle.

Wir haben einen alarmierenden Arbeitsplatzabbau in Deutschland – selbst bei namhaften Firmen wie Deutsche Bahn und Thyssenkrupp.

Wir haben eine steigende Staatsverschuldung – das bedeutet höhere Zinszahlungen, und das auf Dauer.

Der Angriff auf die Ukraine leitete eine Zeitenwende ein, deren Folgen auf lange Zeit die Kräfte der Politik und Wirtschaft binden werden mit Milliardenschulden für die Bundeswehr.

Was hat das mit uns – den Kommunen – zu tun?

Durch die anhaltende Wachstumspause der deutschen Wirtschaft stehen wir heute schon vor einer dramatischen kommunalen Finanzkrise. Und wenn Teltow-Fläming noch relativ robust erscheint, wirft auch bei uns das Stottern und Aussetzen der Automobilbranche mit Mercedes Benz in Ludwigsfelde seine Schatten voraus.

Unter diesen Bedingungen wiegt die einsame Entscheidung des damaligen Wirtschaftsministers zur Ablehnung des Technologiezentrums für alternative Flugantriebselemente Otto-Lilienthal in Schönhagen, für das sich der Kreistag stark engagiert hat, vor einem Jahr doppelt so schwer. 14 Millionen Euro, einschließlich unseres hälftigen Eigenanteils von 50 Prozent durch einen privaten Investor und trotz einstimmiger Befürwortung des ILB-Beirats, wurden mit einem einzigen Federstrich versagt. Strukturpolitisch und finanzpolitisch ein großer Fehler, der unseren Landkreis hart trifft. Zwei Jahre Arbeit umsonst.

Ja, die Rahmenbedingungen wiegen schwer. Im vergangenen Jahr lag das Defizit in den kommunalen Kernhaushalten in noch nie dagewesener Rekordhöhe bei 25 Mrd. Euro – die Prognose für die kommenden Jahre ist düster: schrittweise auf mehr als 35 Mrd. Euro pro Jahr. Bereits jetzt leisten wir Kommunen mehr als ein Viertel der gesamtstaatlichen Aufgaben, erhalten aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen.

Steigerungsraten in der Ausgabendynamik bei den Sozialausgaben von jährlich 10 Prozent oder sogar darüber hinaus zwingen jeden Landkreishaushalt in die Knie. Hier leisten wir Landkreise 80 Prozent der Ausgaben in Deutschland – für soziale Problemlagen der Bürgerinnen und Bürger, für Kindertagesstätten und Jugendhilfe in den Gemeinden, Städten und im Amt Dahme/Mark.

Bund und Land finanzieren die Aufgaben nicht aus und lassen uns mit diesem Faktum allein.

Das ist der eigentliche Skandal in der Diskussion um die Kreisumlage und wird von mir seit langem kritisch und deutlich benannt!

Das bedingt aus meiner Sicht ein Zusammenrücken der kommunalen Ebene – Landkreis und kreisangehörende Kommunen und nicht ein Auseinanderdividieren – so, wie es in der großen Politik tagtäglich geschieht.

Insofern treffen Äußerungen zur Kreisumlage, wie jüngst in der Ludwigsfelder Stadtverordnetenversammlung: *„Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass der Landkreis bei uns Geld einstreicht und nichts zurückgibt“,* wohl nicht „des Pudels Kern“. Ja mehr noch, sie entsolidarisieren mit dem Landkreis und den kreisangehörigen Kommunen, die längst nicht mehr auf Rücklagen zugreifen können und keinen Kassenbestand haben, der die Liquidität sichert.

Der Landkreis hat im Haushalt 2026 einen Fehlbetrag von 14,3 Mio. Euro und ist im Kassenkredit. Uns fehlen dauerhaft liquide Mittel.

Apropos „zurückgeben“: Die Daten für 2025 liegen noch nicht final vor, aber im Haushaltsjahr 2024 hat Ludwigsfelde vom Landkreis insgesamt 24 Millionen Euro für seine Jungeinwohner erhalten. 15,5 Millionen Euro davon gingen in den Bereich Kita – natürlich einschließlich Landeszuschüssen.

Für 7,1 Millionen Euro erhielten Familien in Ludwigsfelde Hilfen zur Erziehung. Für diese Leistungen gibt es keine Kostenerstattung durch Land oder Bund. 400.000 Euro gingen in die Jugendarbeit Ludwigsfelde und 30.000 Euro in die Familienförderung. Für den Bereich der Sozialleistungen lässt sich das Bild leider nicht so differenziert darstellen, weil viele Leistungen einrichtungsbezogen gebucht werden und wir damit zum Beispiel bei der stationären Pflege oder den Werkstätten für behinderte Menschen noch nicht auswerten können, wie viele Ludwigsfelder davon profitieren.

Für ambulante Leistungen in der Pflege gingen 100.000 Euro an Ludwigsfelder Bürger. Über 780.000 Euro wurden für ambulante Eingliederungshilfen, wie z. B. Assistenz im Haushalt, bei der Arbeit oder für Mobilität gewährt. Und fast 90.000 Euro erhielten Ludwigsfelder Kinder, deren Eltern Wohngeld oder Kindergeldzuschlag beziehen, für Bildung und Teilhabe.

Allein an diesen fast 24 Millionen Euro aus dem Sozial- und Jugendamtshaushalt wird deutlich, dass der Landkreis nicht einstreicht, sondern seine durch Bund und Land übertragenen Aufgaben finanziert. Und diese sorgen direkt bei Bürgerinnen und Bürgern – klein oder groß – in den kreisangehörenden Orten für große Wirkungen. Die steigenden Schulkosten im Kreishaushalt, den Neubau von Schulen in Ludwigsfelde und Zossen, den durch Bund und Land nicht ausfinanzierten kommunalen ÖPNV möchte ich nur anführen, denn auch diese haben Rückwirkungen auf die Kreisumlage.

Für mehr Transparenz sorgen

Und „JA“, verehrte Abgeordnete, wir wollen für mehr Transparenz in der Haushaltsdiskussion sorgen. Welche Aufgaben haben wir, woraus speisen sich die „Geldquellen“, sind Aufgaben ausfinanziert, und wo gehen die Gelder hin ... Für diese Transparenz werden wir mit der 2027er-Haushaltsplanung in neuer Qualität sorgen müssen. Auch, um im vertrauensvollen Miteinander – sowohl mit Ihnen, aber auch mit den kreisangehörenden Kommunen, den Umgang auf Augenhöhe mit klaren Zahlen zu sichern.

Ich danke Ihnen und der Verwaltung für das engagierte Mitwirken am Haushalt 2026 und werbe um Ihre Zustimmung.